

Beschluss des Landrats vom 14.01.2021

Nr. 722

11. Update Familienbericht 2017/126; Protokoll: ble

Kommissionspräsidentin **Jacqueline Wunderer** (SVP) führt aus, dass nach der Publikation des Familienberichts aus dem Jahr 2010 alt Landrätin Pia Fankhauser in ihrem Postulat vom März 2017 verlangte, dass ausgehend von den damaligen Handlungsempfehlungen und Zielen eine Evaluation durchzuführen sei. Die Postulantin ersuchte daher der Regierungsrat, die statistischen Daten zu diversen Themenfeldern, wie etwa Haushaltstrukturen, Familienformen, die finanziellen Situationen von Familien, Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und familienergänzende Kinderbetreuung, im Sinne eines umfassenden Updates zu aktualisieren. Die Antwort des Regierungsrats besteht einerseits aus einem formellen Bericht zum Postulat und andererseits aus einem aktualisierten, sehr umfangreichen, 140-seitigen Bericht, der sich an den Familienbericht aus dem Jahr 2010 anlehnt.

In der Postulatsantwort werden diverse Aspekte aus dem neuen Familienbericht summarisch beleuchtet. Seit 2010 gibt es deutlich mehr Plätze für familienergänzende Betreuung (FEB). Der Kostenanteil, den die Eltern übernehmen müssen, sei im interkantonalen Vergleich relativ hoch. Schweizweit liegt der Kanton Basel-Landschaft bei der Höhe des frei verfügbaren Einkommens – das eine weitere Erkenntnis – im Kantonsvergleich auf Rang 23. Neben den Kinderbetreuungskosten fallen dabei auch ins Gewicht, dass die Mietzinsen für stadtnahe Wohnungen hoch sind. Weiter wird festgehalten, dass viele von der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen wie Krankenkassenverbilligungen, Stipendien etc. stagniert haben oder reduziert worden sind. Basierend auf dem Familienbericht soll ein Massnahmenplan erstellt werden, der dem Regierungsrat vorgelegt und anschliessend schrittweise, unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten, umgesetzt werden soll; mit eingeschlossen auch eine regelmässige Berichterstattung zum Thema Familien. In der Kommission war Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Man bezeichnete den aktualisierten Familienbericht als gute Grundlage, um allfällige Verbesserungen faktenbasiert angehen zu können. Der Bericht öffnet auch den Blick für neue Aspekte, wie etwa die Pflege von älteren Angehörigen, die vor zehn Jahren noch kein Thema waren. Für Erstaunen und Diskussionen sorgte der Umstand, dass der Kanton Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich beim frei verfügbaren Einkommen so schlecht abgeschnitten hat. Die primär massgebenden Faktoren sind Wohnkosten und die Aufwendungen für familienergänzende Kinderbetreuung. Die Wohnkosten sind aus verschiedenen Gründen nur schwer zu beeinflussen. Daher will man im Bereich Kinderbetreuungskosten aktiv werden. Die Aufgabe ist aber, so der Hinweis aus der Kommission, bei den Gemeinden angesiedelt, die teilweise ihre FEB-Zuschüsse gesenkt haben. Die Verwaltung bestätigt dies und will daher partnerschaftlich mit den Gemeinden schauen, welche Massnahmen möglich sind. Die Justiz- und Sicherheitskommission empfiehlt mit 9:2 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Simone Abt (SP) findet, auch aus Sicht der SP sei der Familienbericht eine gute Standortbestimmung. Dem Regierungsrat sei für die seriöse und fundierte Erarbeitung des Berichts gedankt. Das Postulat kann abgeschrieben werden. Die Forderung ist erfüllt.

Ein paar Dinge müssen aber erwähnt werden, daher die beiden Gegenstimmen. Der Kanton Basel-Landschaft kommt nicht gut weg im schweizweiten Vergleich, wenn es um Familienfreundlichkeit geht. Vor allem, was die hohen Wohnkosten und die hohen Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung angeht. Und die Zuständigkeit für letztere ist bei den Gemeinden anzusiedeln, welche wiederum unter Kostendruck stehen und darum ihre Zuschüsse gesenkt haben, das gibt

kein gutes Bild ab. Der Kanton landet bei der Höhe des frei verfügbaren Einkommens auf Rang 23 von 26, und das ist grottenschlecht. Es gibt, wie der Regierungsbericht festhält, durchaus Möglichkeiten, die Kostenlast etwas abzufedern, zum Beispiel durch niedrigere Kinderbetreuungs- oder Pendlerkosten. Bisher nutzt aber das Baselbiet keine dieser Möglichkeiten, und das muss sich ändern. Insbesondere alleinerziehende Eltern laufen besonders Gefahr, wegen allzu hoher Kosten, die sie stemmen müssen, in die Sozialhilfe abzugleiten. Der Ausstieg aus der Sozialhilfe ist dann wiederum erschwert, weil die Kosten für die Haushalte mit diesem Schritt jeweils massiv ansteigen. Unterhaltszahlungen werden nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit entrichtet, was wiederum die Notwendigkeit von staatlicher Bevorschussung, Inkassohilfe und somit Sozialhilferisiko nach sich zieht. Alles Faktoren, die dazu motivieren sollten, das Armutsrisiko zu bekämpfen. Vermehrt in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten sind zum Glück die Familien in späteren Lebensphasen, nämlich die Betreuung und Pflege älterer Angehöriger. In einem einzigen Jahr leisten Angehörige und Freunde im Kanton Basel-Landschaft insgesamt rund 2,75 Mio. Betreuungsstunden – eine sehr eindrückliche Zahl. Viele der Betreuenden haben Probleme, die Betreuung mit dem Beruf zu vereinbaren und leiden auch unter der psychischen Belastung, die etwa die Betreuung dementer Menschen mit sich bringt. Die existierenden Angebote mit Ausrichtung Betreuung zu Hause oder Betreutes Wohnen in altersgerechten Wohnungen sind für viele Familien zu teuer, und die vorgesehenen Abgeltungen der Gemeinden sowie die Beiträge der Krankenkasse entlasten nur ungenügend. Es gibt viel zu tun, und erfreulicherweise hat der Regierungsrat vor, dies anzupacken. Die SP-Fraktion freut sich über den Massnahmenplan und ist einverstanden mit den erarbeiteten Handlungsfeldern: egalitäre Aufteilung zwischen Müttern und Vätern, familienergänzende Betreuung, Armutsprävention, Unterstützung von pflegenden und betreuenden Angehörigen. Und dass die Entwicklung einem Monitoring unterstehen soll, ist auch gut. Einige der angedachten Massnahmen sind grundlegende Anliegen der SP. Man wird den Fortschritt des Kantons weg von Platz 23 in Richtung der vorderen Listenplätze aufmerksam und wohlwollend beobachten und mit Anregungen begleiten – und nachdrücklich unterstützen, falls er ins Stocken geraten sollte. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt der Abschreibung zu.

Peter Riebli (SVP) nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis nehme und für Abschreibung sei. Im Gegensatz zu andern Fraktionen ist die SVP nicht erstaunt, dass der Kanton Basel-Landschaft beim Einkommen auf den hinteren Plätzen rangiert. Es sei daran erinnert, dass es nicht nur bei den frei verfügbaren Familieneinkommen so ist, sondern auch bei der Steuerbelastung der mittleren und hohen Einkommen. Möglicherweise hat das auch damit zu tun, dass man mit der Belastung der hohen Einkommen diese vergrault und damit weniger Geld zur Verfügung hat, um es dort einzusetzen.

Dass die Wohnkosten ein grosser Faktor sind, ist unbestritten. Der Regierungsrat ist zurzeit an der Ausarbeitung eines Wohnbauförderungsgesetzes, und in diesem Rahmen kann sicher irgend etwas berücksichtigt werden. Dass die Kinderbetreuungskosten im Quervergleich mit anderen Kantonen höher sind, ist richtig. Es muss aber klar festgestellt werden, dass die familienergänzende Kinderbetreuung im Aufgabengebiet der Gemeinden liegt. Die Gemeinden legen immer sehr viel Wert auf die Unabhängigkeit vom Kanton. Das heisst, man müsste bei den Gemeinden intervenieren und kann nicht den Kanton in die Pflicht nehmen, etwas zu machen. Gesamthaft findet die SVP-Fraktion das Update des Familienberichts sehr gut. Es gibt sicher einige Gesichtspunkte, die Massnahmen erfordern. Man wird diesen ebenfalls gebührende Aufmerksamkeit schenken. Man möchte aber nicht einen einseitigen Blick auf die Familiensituation legen, sondern findet, gewisse Dinge im Steuergesetz müssten grundlegend geändert werden, damit man attraktiv ist für Familien, aber ebenso für höhere Einkommen, um auch in Zukunft im Baselbiet eine gesunde Finanzlage zu haben oder diese gar verbessern zu können. Man nimmt den Bericht zur Kenntnis und schreibt das Postulat ab.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) dankt namens ihrer Fraktion sehr für den ausführlichen und aussagekräftigen Bericht. Der Eindruck werde bestätigt, dass grösster Handlungsbedarf besteht. Es ist für Familien unattraktiv, in unserem Kanton zu leben, hält der Regierungsrat fest. Hier muss sich wirklich etwas ändern. Die 14 Handlungsfelder, die der Regierungsrat vorschlägt, sind sinnvoll und betreffen viele Bereiche. Die Landratskolleginnen und -kollegen sind gebeten, mit vereinten Kräften anzupacken. Es betrifft den Bereich Finanzen. Es braucht dringend eine verstärkte Mitfinanzierung der Kinderbetreuung, auch durch den Kanton, man kann nicht alle Kosten auf die Gemeinden abwälzen. Die Kinderbetreuung ist für die Eltern zu teuer, und daher lastet immer viel zu viel auf den Schultern der Mütter und Frauen, insbesondere bei den Alleinerziehenden, so konnte man lesen.

Ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden sind ebenfalls alleinerziehende Eltern. Der Bericht verweist auf ein strukturelles Armutsrisiko. Das hat man von den Vorrednerinnen hören können. Es ist gar nicht interessant, sein Einkommen zu steigern, das steht so im Bericht. Hier braucht es Lösungen. Armut ist ein hoher Risikofaktor für die Entwicklung der Kinder, die keine Schuld trifft für die Situation, in der sie sind. Peter Riebli sagte, dass die Gemeinden bei der Umsetzung des FEB-Gesetzes im Lead seien. Die Gemeinden sollten den Bedarf an familienergänzenden Angeboten erheben und diese dem Kanton melden. Im Bezirk Arlesheim haben dies unterdessen 6 von 15 Gemeinden erledigt. Es gibt immer noch viele Gemeinden ohne Mittagstisch. Also, es besteht grosser Bedarf. Es gibt mehr Plätze für familienexterne Kinderbetreuung. Man konnte lesen, dass für 22 % der Kinder im Baselbiet ein Betreuungsplatz in einer Kita zur Verfügung steht. Im Nachbarkanton sind es 60 %. Familien brauchen auch nach den Kita-Jahren eine umfassende Betreuung, daher hat man hier noch einiges zu tun. Die Rednerin konnte lesen, dass sich knapp die Hälfte aller Männer mehr Zeit mit der Familie wünscht. Mit dem Vaterschaftsurlaub allein ist es noch nicht getan. Die Wirtschaft ist gefordert, mit attraktiven Teilzeitmodellen Hand zu bieten, und der Kanton kann den Lead übernehmen.

Die Betreuungsarbeit von betagten oder kranken Familienmitgliedern soll weiterhin unterstützt und entlastet werden. Auch hier ist die Wirtschaft gefragt, mit attraktiven Teilzeitmodellen oder -angeboten ein stückweit flexible Arbeit zu schaffen. Die Sicherheitsdirektion hat den Lead, erstellt nun einen Massnahmenplan und ist verantwortlich für eine griffige Umsetzung. In einigen Bereichen liegen für den Kanton noch keine Zahlen vor, und daher ist es wichtig, dass das Monitoring nun eingeführt wird, gerade etwa im Bereich der Patchworkfamilien. Die Grüne/EVP-Fraktion ist für Abschreiben und dankt dem Regierungsrat für den tollen Bericht. Man freut sich auf erste Massnahmen und Ergebnisse.

Marc Schinzel (FDP) und die FDP unterstützen den Antrag auf Abschreibung des Postulats. Und man danke für den sehr ausführlichen, detaillierten Bericht, das Update, welches eine gute Grundlage sei, um die vielen wichtigen Fragen und Handlungsfelder konkreter diskutieren zu können. Als Pia Fankhauser 2017 das Postulat in den Landrat brachte, stimmte der Redner noch gegen eine Überweisung. Aber nun ist er ganz dankbar für die gute Lektüre, die die Postulantin dem Landrat «eingebrockt» hat. Es ist gut, sich mit diesen wichtigen Fragen auseinanderzusetzen. Aber diese müssen in den richtigen Gremien sorgfältig geprüft werden. Man soll jetzt nicht schon ganz konkrete Massnahmen fordern, nachdem man klar beschlossen hat, dass die familienergänzende Betreuung eine Aufgabe der Gemeinden ist. Schwierig ist, wenn man einerseits die Respektierung der Gemeindeautonomie – als Verfassungsauftrag – fordert, und dann bei der erstbesten Gelegenheit sich nicht einmal an die eigenen Gesetzesgrundlagen halten will und im Schnellverfahren sagt, der Kanton muss auch noch zahlen. Hier muss sorgfältig diskutiert werden.

Bei der Familienpolitik müssen die Bedürfnisse der Familien und der Eltern geprüft werden; und dies von den Gemeinden, die am nächsten bei diesen sind. Die Situation ist nicht in allen Gemeinden im Kanton gleich. In den ländlichen Strukturen des Oberbaselbiets ist es ganz anders als etwa

in den stadtnahen Gemeinden im Bezirk Arlesheim. Die lokalen Situationen müssen beachtet werden. Man will nicht eine allgemeine Regelung im Sinne eines Diktats aus Liestal. Die beste Familienpolitik ist im Übrigen auch eine gute Wirtschaftspolitik. Eine gute Wirtschaft, eine Standortattraktivität, gute Rahmenbedingungen für die KMU sind zentral für eine starke Familienpolitik, damit man sich die Finanzierung auch leisten kann. All jenen, die Kritik anbringen, sei gesagt, dass die KMU gute Rahmenbedingungen brauchen. Die KMU sind Garanten für eine starke Familienpolitik. Von Peter Riebli wurde es gesagt, man muss genau hinschauen, warum der Kanton in der Statistik mit dem frei verfügbaren Einkommen so schlecht abschneidet. Ein Teil davon ist, dass man bei den Steuern, und das beginnt beim Mittelstand, nicht sehr kompetitiv ist. Das muss man prüfen. Fazit: Danke für den detaillierten Bericht, aber bei den Massnahmen muss Punkt für Punkt angeschaut werden, und man kann nicht über den Kopf der Gemeinden hinweg entscheiden.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) und die CVP/glp-Fraktion bedanken sich bei den zuständigen Mitarbeitenden für den ausgezeichneten, umfassenden und sehr interessanten Familienbericht 2020. Die verschiedensten Themen seien beleuchtet worden und geben einen sehr guten Einblick in die verschiedenen Familienstrukturen aber auch Handlungsfelder. Interessant ist, wie sich das Familienbild betreffend Werte und Lebensentwürfe in den letzten Jahren verändert hat und variierender geworden ist. Beruflicher Erfolg und ausserfamiliäres Engagement gewinnen mehr an Bedeutung, Kinder sind dagegen weniger notwendig, um ein glückliches und erfülltes Leben führen zu können. So steht es im Bericht. Nichtsdestotrotz zeigt sich, dass weiterhin die Familien die Hauptaufgaben bei der Kinderbetreuung übernehmen und ein Viertel der Grosseltern sehr engagiert dabei sind. Das ist eine enorme und äusserst wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft, die eigentlich besser mehr gewürdigt und honoriert werden müsste. Auf der anderen Seite zeigt das Thema externe Kinderbetreuung, dass der Bedarf ständig steigt und dass einerseits auch Frauen immer mehr Familie und Beruf vereinbaren möchten, andererseits aber auch müssen, was insbesondere bei alleinerziehenden Müttern der Fall ist. Umso wichtiger sind die Kosten, die den Familien diesbezüglich auferlegt werden. Man weiss schon länger, dass der Elternbeitrag im Kanton höher als im schweizerischen Durchschnitt ist. Dieser Punkt muss verbessert werden. Die Kosten müssen der Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen. Gleichzeitig muss sich Arbeit auch lohnen. Es kann nicht sein, dass das zweite Gehalt in vielen Fällen quasi von den Betreuungskosten aufgeessen wird. Wenn von den Gehältern genügend übrigbleibt, profitieren alle davon, und es gibt sogar noch Steuereinnahmen. Deshalb hat die Fraktion zu diesem Thema schon bereits verschiedene Vorstösse eingereicht. Damit die Betreuungskosten für die Eltern erschwinglicher werden. Jetzt ist der Moment, sich zu überlegen, in welcher Art sich auch der Kanton einbringen kann, ohne zu sehr in die Gemeindekompetenzen und in die Autonomie betreffend FEB einzugreifen. Auch hier hat die Fraktion im 2020 bereits einen Lösungsvorschlag eingereicht. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Betreuung kranker und alter Menschen. Es finden sich vermehrt Familien in der Sozialhilfe.

Was die Untersuchung zum Thema Unterstützung von pflegenden und betreuenden Angehörigen betrifft, wird aufgezeigt, dass ebenfalls dringender Handlungsbedarf besteht. Es ist tatsächlich eine grosse Herausforderung und Belastung, kranke und ältere Menschen neben dem beruflichen Engagement zu betreuen. Einige wissen, was das heisst. Aber es gibt aber auch andere Punkte, die aufhorchen lassen. Es finden sich vermehrt Familien in der Sozialhilfe wieder. Kinder dürfen nicht zur Armutsfalle werden. Hier müssen effektiv die Rahmenbedingungen verbessert werden. Man hofft sehr auf die Umsetzungsmassnahmen, die u. a. auch im Armutsbericht aufgezeigt worden sind. Armut vererbt sich leider auch.

Auch die Position des Kantons Basel-Landschaft im Ranking bezüglich frei verfügbares Einkommen verursacht bei der Fraktion grosses Stirnrunzeln, wie bei den anderen Fraktionen. Dieses

Thema muss dringend in Angriff genommen werden. Man ist insgesamt sehr auf den angekündigten Massnahmenplan und dessen Umsetzung gespannt und schreibt das Postulat ab.

Bianca Maag (SP) bedankt sich bei der Sicherheitsdirektorin und bei der Verwaltung für den interessanten, umfangreichen und aufschlussreichen Familienbericht. Auch ist er sehr gut und übersichtlich gestaltet, und die erarbeiteten Handlungsfelder sind sicher richtig und wichtig. Es freut die Rednerin und ihre Fraktion sehr, dass es in Zukunft regelmässige Berichterstattungen zum Thema Familie geben soll.

Es soll noch ein erschreckender Punkt hervorgehoben werden, zu Kapitel 5, Wirtschaftliche Situation in den Familien. Dort wird unter 5.2 festgehalten, dass das frei verfügbare Einkommen im Kanton Basel-Landschaft schweizweit an viertletzter Stelle liegt. Ganz besonders in stadtnahen Gebieten sind die Wohnkosten hoch und werden nicht durch tiefere Kinderbetreuungskosten oder andere Rahmenbedingungen kompensiert. Es ist beschämend, dass der Kanton für Familien nicht attraktiv ist, und es besteht dringender Handlungsbedarf. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Und ein Abgleiten von kinderreichen Familien in die Sozialhilfe muss dringend verhindert werden. Man weiss, was es bedeutet, sozialhilfeabhängig zu sein, ganz speziell auch für Kinder. Kinder, die von Armut betroffen sind, haben es auch später schwerer. Armut hat für die Kinder direkte Auswirkungen auf die Entwicklung und Gesundheit. Das kann sich später rächen und eventuell auch Mehrkosten verursachen. Es braucht dringend familienergänzende Kinderbetreuung, die für alle tragbar und finanzierbar ist. Es braucht eine gemeinsame Finanzierung von Gemeinden und Kanton, denn es ist letztlich eine Verbundsaufgabe, die nicht nur bei den Gemeinden bleiben kann. Damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem zum Wohl der Familien und ihrer Kinder sichergestellt werden kann, oder wie es Marc Schinzel ausgedrückt hat: Eine gute Familienpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Und die Wirtschaftspolitik hilft auch wieder dem Kanton, also ist es eine Verbundsaufgabe.

Andreas Bammatter (SP) meint, man lebe heute in einer Viergenerationengesellschaft. Daher ist es wichtig, die Familie prioritär zu pflegen. Warum? Mit der Langlebigkeit steigen die Herausforderungen, und gerade die soziale Einheit, nämlich die Familie, wird immer mehr gefordert. Man hat es schon gehört, die Vielfalt der Familien wird grösser. Somit ist es sinnvoll und auch notwendig, dass man als verantwortliche Politikerinnen und Politiker genügend Massnahmen anbietet, für alle Menschen in allen Facetten und dass man alle Lebenssituationen generationengerecht ernst nimmt – und wenn nötig nachhaltig unterstützt, wie es auch im Bericht steht. Es geht um Angebot und Nutzung und um die Finanzierung von familienergänzender Kinderbetreuungen. Höhere Kosten stehen tieferen Beiträgen für die Familien gegenüber. Das verfügbare Familieneinkommen ist eine grosse Herausforderung, nicht zuletzt, wenn am Schluss am Morgen die Kinder in die Kita gebracht werden und abends noch für die Eltern eingekauft werden muss. Man muss dranbleiben.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) bedankt sich beim Landratskollegium wie auch in absentia bei alt Landrätin Pia Fankhauser für den Auftrag. Es sei eine willkommene Gelegenheit gewesen, alle Zahlen zusammenzuziehen, die es zum Thema Familien gibt und den Bericht aus dem Jahr 2010 zu aktualisieren. Bereits bei der Überweisung hielt man aber fest, dass man nicht selbst eine Erhebung machen werde; das hätte den Rahmen des Auftrags gesprengt. Man stellte auch fest, dass bereits sehr viele Zahlen zu dem Thema vorhanden sind, die einfach zusammengekommen und gebündelt werden mussten.

Ein paar Resultate, die die Fachleute überrascht haben, sollen herausgestrichen werden. Zum Platzangebot in der familienexternen Betreuung: Seit 2005 haben sich die Plätze vervierfacht. Das Angebot wurde massiv hinaufgefahren, was sehr attraktiv ist. Leider hielt die Finanzierung der öffentlichen Hand nicht mit. Im Kanton Basel-Landschaft betragen die von den Eltern getragenen Kosten 78 %, während es im schweizweiten Vergleich nur 60 % sind. Viele Leute können es sich

nicht leisten, die Plätze in Anspruch zu nehmen. Ebenfalls erstaunte, dass der Kanton in Bezug auf das frei verfügbare Einkommen von Familien auf dem viertletzten Platz liegt, wie eine Studie der CS feststellte. Vor allem die hohen Wohn-, Kinderbetreuungs- und Pendlerkosten spielten dabei mit. Auch nahm die absolute Zahl von Familien in der Sozialhilfe seit 2006 zu. Und die bedarfsabhängigen Leistungen, welche der Sozialhilfe vorgelagert sind, haben weitestgehend stagniert oder wurden teils gar gestrichen. Der Grundsatz, dass sich Erwerbsarbeit in jeder Lebenslage lohnen soll, ist hierbei nicht immer umgesetzt. Der Regierungsrat geht das Thema in der Umsetzung der Armutsstrategie und der Harmonisierung der bedarfsabhängigen Leistungen bereits jetzt aktiv an. Es konnten auch ein paar Zahlen aus den Steuerdaten gewonnen werden. Einiges Kopfzerbrechen macht die Tatsache, dass bei unterhaltszahlenden Haushalten derjenige Haushalt, der Unterhaltszahlungen erhält, meistens weniger freies Einkommen hat als der Einpersonenhaushalt. Die Kinder müssen also unter knapperen Bedingungen leben als der Elternteil, der allein lebt. Ausserdem muss der Kanton über einen Viertel der Kinderalimente bevorschussen. Auch hier gibt es Handlungsbedarf. Sehr beunruhigend ist schliesslich, dass 67 % der befragten Personen, die ältere Personen betreuen, über psychische Belastungen klagen. Es gibt also noch einiges zu tun, daher wurden die Handlungsfelder definiert, in welche man sich hineinknien will. Dabei sollen gemeinsam mit den jeweiligen Stakeholdern Massnahmen definiert werden, um bis in zehn Jahren sagen zu können:

- Die Bedingungen wurden verbessert, so dass eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf zwischen Vätern und Müttern möglich ist.
- Die Finanzierung der familienergänzenden Betreuung wurde zusammen mit den Gemeinden angeschaut.
- Die Familien und vor allem die Alleinerziehenden wurden mit der Umsetzung der Armutsstrategie und der Harmonisierung der bedarfsabhängigen Leistungen berücksichtigt.
- Und zu guter Letzt: Die pflegenden Angehörigen wurden entlastet.

Die Regierungsrätin bittet das Landratskollegium, das Postulat abzuschreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

- *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 77:0 Stimmen wird das Postulat 2017/126 abgeschrieben.
